

## **Alle Fragen & Antworten der Stadtratskandidaten\*innen im Überblick:**

### **1) Bezahlbarer Wohnraum**

Es ist eine Aufgabe der Stadt Winterthur zu schauen, dass für alle Einwohnerinnen und Einwohner genügend bezahlbarer Wohnraum erhalten bleibt oder neu entsteht. Die Stadt soll z.B. mit Hilfe von Gestaltungsplänen oder der Förderung von gemeinnützigem Wohnungsbau in dieser Richtung noch aktiver werden.

Position MV: JA

**Annetta Steiner und Kaspar Bopp: JA**

#### **Begründungen:**

**AS:** Es ist wichtig, dass sich auch in Zeiten steigender Bodenpreise Wenigverdienende, Familien und ältere Leute weiterhin Wohnraum in Winterthur leisten können und die Stadt über eine gute Durchmischung verfügt.

**KB:** Wir wollen eine Stadt für alle. Dafür braucht es bezahlbaren Wohnraum in allen Quartieren. Eine gute Durchmischung fördert zudem den Zusammenhalt in unserer wachsenden Stadt und trägt zur Lebendigkeit bei.

### **2) Starker Mieterinnen- und Mieterschutz**

Eine bezahlbare Wohnung in Winterthur zu finden ist nicht einfach. Insbesondere langjährige, oftmals ältere Mieterinnen und Mieter haben es sehr schwer bei einer Kündigung ein neues Zuhause zu finden. Kündigungen mit der Absicht, bei der Neuvermietung einen höheren Mietzins zu erzielen, schaden der Stadt und der Durchmischung der Bevölkerung. Ein starker Mieterinnen- und Mieterschutz insbesondere beim Thema Kündigungen ist wichtig. Der Mieter\*innenschutz soll ausgebaut und nicht untergraben werden – zum Wohle der Menschen und auch der Stadt.

Position MV: JA

**Annetta Steiner und Kaspar Bopp: JA**

#### **Begründungen:**

**KB:** Gerade die Tatsache, dass immer mehr Menschen in Winterthur leben wollen, wird sich vermutlich weiter auf die Mietzinse auswirken. Wir brauchen einen starken Mieterinnen- und Mieterschutz damit sie dieser Entwicklung nicht schutzlos ausgesetzt sind.

### 3) Obertor

Die Obertor-Initiative setzte Druck auf, dass nach dem Wegzug der Stadtpolizei - auf ihrem Areal im Herzen der Altstadt - ein neues lebendiges Stück Stadt entstehen soll. Der parlamentarische Vorschlag garantiert, dass eine gemischte Nutzung möglich ist, dass das Land nicht verkauft wird und dass mind. 30% der Fläche nach dem Prinzip der Kostenmiete vermietet werden kann.

Position MV: JA

**Annetta Steiner und Kaspar Bopp: JA**

#### **Begründungen:**

**KB:** Ich unterstütze die Forderung nach gemischter Nutzung und nach einem Mindestanteil von 30% der Fläche für Vermietung nach Kostenmiete. Ob der Gestaltungsplan, wie es der parlamentarische Vorschlag fordert, das richtige Mittel ist bezweifle ich allerdings. Damit geben wir vieles aus der Hand.

### 4) Mehrwertabgabe

Seit dem 3. Mai 2019 liegt ein Beschluss der kantonsrätlichen Kommission für Planung und Bau (KPB) auf, der die Mehrwertabgabe im Kanton Zürich regeln soll. Die Städte und Gemeinden erhalten dadurch das Recht, bei Auf- und Umzonungen eine Mehrwertabgabe von 40 Prozent zu erheben. Damit kann die bisherige Praxis vieler Gemeinden, in städtebaulichen Verträgen einen Mehrwertausgleich bis zu 50 Prozent zu erheben, weitgehend aufrechterhalten werden.

Position MV: Der MV stimmte dem Kompromiss zu. Die ursprüngliche Forderung der Initiative «Für einen gemeindefreundlichen Mehrwertausgleich» ging aber weiter.

**Annetta Steiner: JA**

**Kaspar Bopp: eher Nein**

#### **Begründungen:**

**KB:** Ich finde es gut, dass wir endlich eine klare Regelung zur Mehrwertabschöpfung haben. Allerdings bedaure ich, dass diese so tief angesetzt ist. Meiner Meinung nach sind wir damit zu zurückhaltend. Eine höhere Abschöpfung wäre durchaus vertretbar.

### 5) Gemeinnützige Wohnungen

Die vermutlich im Februar 2020 zur Abstimmung gelangende Wohninitiative des Mieterinnen- und Mieterverbandes und der Wohnbaugenossenschaften will den Bund verpflichten, den Anteil der gemeinnützigen Wohnungen an den neu erstellten Wohnungen von heute rund 7 auf 10 Prozent zu erhöhen.

Position MV: JA

**Annetta Steiner und Kaspar Bopp: JA**

#### **Begründungen:**

**KB:** Mir fehlt hier eine Stellungnahme der Wohnbaugenossenschaften, um mich final zu positionieren. Grundsätzlich brauchen wir aber mehr gemeinnützigen Wohnraum, das Ziel dieser Initiative ist aus meiner Sicht deshalb richtig.